

KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

Petition "Flächendeckende Projektwoche Psychische Gesundheit und Störungen" / Staatskanzlei

Antrag Angela Lüthold: Behandlung der Petition ohne Fraktionssprechende.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Dieser Antrag ist der EBKK nicht vorgelegen. Die EBKK hat ausführlich über den Einsatz von Fraktionssprechenden diskutiert. Mit den Fraktionssprechenden wollen wir unsere Wertschätzung gegenüber dem Jugendparlament aussprechen. Mit diesem Prozess sollen die Fraktionen das Wort erhalten, um sich zur Petition und zum Postulat äussern zu können.

Angela Lüthold: Gemäss § 82 der Geschäftsordnung des Kantonsrates (GOKR) erstattet die zuständige Kommission dem Kantonsrat schriftlich Bericht, in diesem Fall die EBKK, und stellt den Antrag, die Petition zu erledigen. Der Kantonsrat erledigt die Petition, indem er sie mit oder ohne Stellungnahme zur Kenntnis nimmt. Es war etwas unglücklich, dass erst im Nachgang zur Geschäftsleitungssitzung eröffnet wurde, dass beim Geschäft Fraktionssprechende zum Einsatz kommen. Der SVP-Fraktion geht es in erster Linie nicht darum, etwas zu verhindern, sondern um die Grundsatzfrage, ob von der üblichen Praxis abgewichen werden soll oder nicht. In der Vergangenheit war es nicht Usanz, dass Fraktionssprechende bei Petitionen das Wort ergriffen haben. Mit der heutigen Vorgehensweise öffnen wir ein neues Gefäss, welches im Gesetz für Petitionen nicht vorgesehen ist. Eine Petition ist kein parlamentarisches Instrument. Die SVP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass bei Petitionen grundsätzlich keine Fraktionssprechende eingesetzt werden sollen, dies im Gegensatz zur Behandlung von Motionen und Postulaten, wo in § 79 der GOKR explizit aufgeführt wird, dass Fraktionssprechende das Wort ergreifen können. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, meinem Antrag zuzustimmen.

Rahel Estermann: Ich spreche als ehemalige Präsidentin der EBKK. Ich staune sehr über den Antrag und finde es befremdend, dass der Einsatz von Fraktionssprechenden abgelehnt wird. Wie es die neue EBKK-Präsidentin erklärt hat, haben wir uns damals in der EBKK für den Einsatz von Fraktionssprechenden entschieden, und alle waren damit einverstanden, dies nicht nur aus formellen Gründen, sondern weil wir dem Jugendparlament und seiner Arbeit den verdienten Respekt zollen möchten. Die Jugendlichen sollen ein umfassendes Bild erhalten, wie ihre Anliegen in die kantonale Politik einfließen, und zwar nicht nur als Zusammenfassung eines Textes oder durch das Kommissionspräsidium, sondern aus den verschiedenen politischen Perspektiven. Das Jugendparlament ist auf der Tribüne anwesend. Ich empfinde die Anträge der SVP-Fraktion, auf den Einsatz von Fraktionssprechenden zu verzichten und das Kommissionspostulat P 1101 abzutraktandieren, als einen Affront. Mit ihrem Antrag stellt sich die SVP-Fraktion auch gegen eine neue Abmachung der

Staatspolitischen Kommission (SPK). Demnächst wird mit einem Merkblatt vorgeschlagen, mit Petitionen des Jugendparlaments künftig so umzugehen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und dem Geschäft die nötigen Perspektiven zu verleihen, die es verdient hat.

Urban Sager: Die SP-Fraktion betrachtet diesen Antrag als höchst befremdlich. Wir diskutieren schon seit Jahren darüber, wie wir mit der Jugendsession umgehen. Alle Fraktionen weisen immer darauf hin, wie wichtig das Jugendparlament ist und wie sie das Engagement der Jugendlichen schätzen. Die Diskussionen über verschiedenste Themen münden am Schluss in einer Petition. Vor sechs Jahren haben wir in der SPK schon eingehend darüber diskutiert, wie wir dem Jugendparlament mehr Gewicht verleihen könnten. Damals kamen wir zum Schluss, dass es im Rahmen eines Vorstossrechtes wohl schwierig sei, weil es eine Gleichbehandlung mit anderen Vereinen braucht, denn schlussendlich ist auch die Jugendsession ein Verein. Trotzdem sind wir uns scheinbar mit Ausnahme der SVP-Fraktion darüber einig, dass die Jugendsession etwas sehr Wichtiges ist und wir einen Weg suchen, um dem Rechnung zu tragen. Wir haben einen Weg gefunden, indem wir den Fraktionen den Einsatz von Fraktionssprechenden empfohlen haben. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass eine Kommission den Einsatz von Fraktionssprechenden beschliessen kann. Die EBKK hat an der entsprechenden Sitzung einstimmig – also auch zusammen mit der SVP – beschlossen, mit Fraktionssprechenden zu arbeiten. Deshalb verstehen wir nicht, warum die SVP-Fraktion dem Jugendparlament diese Form der Diskussion entziehen will. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Guido Müller: Ich habe solche Geschichten schon mehrmals erlebt, da ich zwölf Jahre Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrates war. Weiter habe ich der beratenden Kommission zur Kantonsverfassung angehört, die sich damals eingehend des Petitionsrechtes angenommen hat. Das Petitionsrecht ist gemäss der Bundesverfassung ein zugeordnetes Recht für alle. Bis jetzt war es im Kanton Luzern Usanz, dass die Petition einer Kommission zugewiesen wurde. Diese hat die Petition umfassend und unter Anhörung des Petitionärs behandelt und unserem Rat einen Antrag gestellt. Wenn nun von linker Seite eine Änderung dieser Beratungsweise verlangt wird, können wir darüber diskutieren. Aber ich finde eine solche Praxisänderung erst drei Monate, nachdem die GKOR geändert und per 1. Juni 2023 in Kraft getreten ist, befremdend, wenn nicht sogar schockierend und unzumutbar. Bei der Änderung der GOKR war nie die Rede davon, an dieser Praxis etwas zu ändern und dass Petitionen zu parteipolitischen Äusserungen in unserem Rat führen können. Die Anliegen des Jugendparlaments negiere ich nicht, aber es ist eine einseitige Bevorzugung. Wer entscheidet über den Einsatz von Fraktionssprechenden, wenn morgen der Seniorenrat tagt? Mit geht es um die Gleichbehandlung. Wenn es eine Praxisänderung geben soll, braucht es dazu die entsprechende Beratung, aber nicht einfach eine stillschweigende Vereinbarung zwischen einer Kommission und der Geschäftsleitung. Das ist mein Anliegen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen. Wir werfen hier eine jahrzehntealte Tradition über den Haufen. Das Petitionsrecht ist für alle gleich zu handhaben, ohne eine Bevorzugung von Jung, Alt, links oder rechts.

Roger Zurbriggen: In der SPK-Sitzung vom 29. März 2023 haben wir gemeinsam, also alle Fraktionen, ein Merkblatt ausgearbeitet. Es ging dabei darum, ob dem Jugendparlament, also der Jugendsession, ein Vorstossrecht eingeräumt werden soll. Das ist aber aus staatspolitischen Überlegungen nicht möglich. Aber wir können dem Jugendparlament im Fall einer Petition aus dem Jugendsessionstag ein Anhörungsrecht gewähren. Zusätzlich zur Würdigung des Anliegens sollen Fraktionssprecher zugestanden werden. Das soll Usus werden. Ich bin etwas überrascht, dass es sich nun um eine Forderung von linker Seite handeln soll, denn das Merkblatt wurde von allen Fraktionen mitgetragen. Deshalb verstehe

ich den vorliegenden Antrag der SVP-Fraktion auch nicht.

Judith Schmutz: Claudia Huser stellt einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion. Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 62 zu 42 Stimmen ab.

Jörg Meyer: Ich äussere mich weder zum Inhalt der Petition noch zur Stellung des Jugendparlaments. Ich möchte auch keiner Partei unterstellen, dass ihr solche Anliegen inhaltlich nicht wichtig sind. Ich äussere mich nur zur jahrzehntelangen Usanz dieses Rates. Jahrzehntelange Usanzen oder jahrzehntelang dabei gewesen zu sein, heisst nicht automatisch, dass es besser ist. Usanzen ergeben sich im Laufe der Zeit, also können und sollen sie im Laufe der Zeit auch angepasst werden. Einfach an Traditionen verbissen festzuhalten, ist rückwärtsschauend. Ich empfehle Guido Müller und der SVP, die Sache etwas entspannter zu sehen. Ich sehe nicht, was an diesem Vorgehen schockierend sein soll. Wir schaffen weder ein Präjudiz noch eine neue Regel. Eine Petition wurde an das Kantonsparlament gerichtet, und die Kommission hat ihre Arbeit ordnungsgemäss erledigt. Es steht jeder Kommission bei jedem Kantonsratsgeschäft frei zu entscheiden, ob sie mit oder ohne Fraktionssprechende arbeiten will, vom Aufgaben- und Finanzplan (AFP) über den Strassenbau bis zu einer Petition. Das ist alles. Die EBKK hat einstimmig entschieden, aus welchen Gründen auch immer, dass die Fraktionen Stellung nehmen sollen. Das ist weder schockierend noch ein Bruch mit jahrzehntelangen Traditionen. Die Kommissionen entscheiden gemäss GOKR von Fall zu Fall, wie sie mit einer Petition umgehen wollen. In diesem Sinn verstehe ich das Kopfschütteln von Claudia Huser, über was wir hier diskutieren müssen und was die SVP angezettelt hat. Ich kann auch nur den Kopf schütteln und empfehle allen, tief durchzuatmen. Danach können wir die Petition wie geplant behandeln.

Hannes Koch: Schlussendlich geht es hier um einen einstimmigen Kommissionsbeschluss. Dem sollten wir auch Rechnung tragen. Auch die SVP-Fraktion hat den Einsatz von Fraktionssprechenden unterstützt. Ich danke Roger Zurbriggen für seinen Hinweis auf das Merkblatt der SPK bezüglich der Behandlung von Petitionen. Diese zukunftsgerichtete Anpassung wurde von allen Fraktionen mitgetragen. Gemäss dem einstimmigen Entscheid der EBKK will die Grüne Fraktion heute mit Fraktionssprechenden arbeiten.

Gian Waldvogel: Meiner Meinung nach ist es sehr wichtig, dass die Anliegen junger Menschen in unserem Rat das nötige Gewicht erhalten. Viele Junge und junge Erwachsene beteiligen sich heute nicht an unserer Demokratie, sie wählen nicht und stimmen auch nicht ab. Gleichzeitig haben wir heute die jüngste Kantonsrätin als Präsidentin gewählt. Ich finde, dass wir in unserem Milizsystem und unserer direkten Demokratie ein Zeichen für die politische Partizipation und die politische Kultur setzen müssen. Deshalb ist es unglaublich wichtig, dass wir diesen jungen Menschen zuhören und ernsthaft über die Themen diskutieren. Es geht nicht um irgendeinen Seniorenrat, sondern um die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Ich finde es deshalb von der SVP-Fraktion despektierlich, wenn sie diese Diskussion abwürgen will. Ich danke Roger Zurbriggen für sein Votum namens der SPK.

Der Rat lehnt den Antrag mit 82 zu 28 Stimmen ab.

Karin Andrea Stadelmann: Ich spreche im Folgenden zur Petition und zum entsprechenden Kommissionspostulat. Ich spreche heute das erste Mal in meiner Rolle als Präsidentin, und ich fühle mich geehrt, über ein Thema, das von jungen Menschen kommt und ihre Zukunft und ihre Gesundheit betrifft, hier sprechen zu dürfen. Wir haben schon manchmal gehört, dass die psychische Gesundheit insbesondere für Jugendliche im Moment eine grosse Herausforderung darstellt. Genau deshalb hat sich die EBKK mit zwei Personen des Jugendparlaments getroffen, um eingehend über ihre Petition zu sprechen. Zudem hat die EBKK den Weg eines Kommissionspostulats eingeschlagen. Auch dabei haben wir nochmals

intensiv über die Möglichkeiten gesprochen, um in den Schulen das Thema Gesundheit und psychische Störungen besser zu verankern. Wer an der Jugendsession zu Gast war, wurde Zeuge davon, wie intensiv die Jugendlichen über dieses Thema debattiert haben. Es scheint nicht nur eine Sorge der Jugendlichen zu sein, sondern es ist ein grösseres Problem. Im Rahmen anderer Postulate haben wir bereits darüber gesprochen, dass die Plätze in den Jugendpsychiatrien extrem ausgefüllt sind und auch die ambulante Versorgung extrem ausgelastet ist. Die Schulen sind seit zwei Jahren, also seit der Corona-Krise, extrem mit der psychischen Gesundheit von Jugendlichen belastet. Es sind grosse Herausforderungen nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Lehrpersonen, die Schulleitungen und insbesondere für die Eltern. In der EBKK haben wir nachgefragt, warum sich das Jugendparlament für diesen Weg einer Projektwoche oder allenfalls eines Thementages oder einer Themenwoche entschlossen hat. Die Jugendlichen haben uns deutlich dargelegt, dass es an den Schulen im Moment noch zu wenig gibt, das auch präventiv und entstigmatisierend wirkt. Deshalb geht es ihnen darum, etwas vorausschauend zu verankern, damit es nicht nur ums Therapieren und die Behandlung geht, sondern auch um die Prävention. In der EBKK haben wir im Nachgang, als die beiden Petitionäre des Jugendparlaments die Sitzung verlassen haben, nochmals darüber diskutiert und versucht zu eruieren, wo es Handlungsbedarf gibt. Die EBKK hat grossmehrheitlich festgestellt, dass im Bereich dieser Thementage oder Themenwoche ein Gefäss geschaffen werden könnte, um die psychische Gesundheit an den Schulen besser verankern zu können. Wie wir aus der Stellungnahme der Regierung zum Kommissionspostulat entnehmen konnten, wird an den Schulen bereits viel getan. Es gibt Angebote und Lehrmittel für die Lehrpersonen sowie Angebote im Beratungssetting, und im Rahmen der neuen Schulreform 2035 ist ein weiterer Ausbau von Unterstützung und Leistungen im Bereich der psychischen Gesundheit geplant. Es zeigt sich aber, dass diese Leistungen so nicht ausreichen. Wer unseren amtierenden Regierungsrat kennt, der weiss, dass es günstiger ist, wenn wir präventiv handeln, statt Massnahmen zu ergreifen und im Nachhinein Behandlungen finanzieren müssen. Wir haben diese Thematik deshalb als dringend erachtet und das Kommissionspostulat erarbeitet und uns auch grossmehrheitlich dafür eingesetzt. Die Idee dahinter ist eine Enttabuisierung und eine präventive Massnahme, die mit Thementagen oder einer Themenwoche verankert werden sollen oder sogar mit einer systematischen Verankerung im Unterricht. Das Gefäss dazu lässt man den Schulen bewusst offen, sie und der Kanton sollen sich selber darüber unterhalten, welches Gefäss sie wollen. Das Ziel der Entstigmatisierung und der Enttabuisierung ist das, was die Jugendlichen wünschen. Sie haben das Gefühl, dass sich im Bereich der psychischen Gesundheit einiges verbessern lässt und es nicht so weit kommen muss, dass die Jugendlichen stationär oder ambulant versorgt werden müssen. Die EBKK hält deshalb grossmehrheitlich am Postulat fest. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Tobias Käch.

Tobias Käch: Wir anerkennen das Anliegen der Jugendlichen, welches sie anlässlich der kantonalen Jugendsession erarbeitet und mit einer Petition an uns gerichtet haben: die psychische Gesundheit der Jugendlichen zu fördern. In der EBKK haben wir die Petition behandelt und zwei Vertreterinnen angehört. Ihr Anliegen haben wir mit dem Kommissionspostulat aufgenommen und ebenfalls in unseren Rat getragen. Für die Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass es allen Menschen, egal ob sie jung oder alt sind, im Kanton Luzern gut geht. Wenn man nun nicht darüber sprechen und sogar entsprechende Postulate abtraktandieren will, wie dies die SVP-Fraktion wollte, kann man kein einziges Problem lösen. Nur weil man nicht darüber spricht, ist ein Problem nicht einfach weg. Da hätte ich beim Lösen von solchen Problemen etwas mehr Kreativität erwartet. Wenn nun die

Jugendlichen ein Bedürfnis an uns richten, sollen wir es ernst nehmen. Der Gesundheit unserer Jugendlichen muss Sorge getragen werden. Eine Blockwoche ist eine Möglichkeit, welche für uns aber eher nicht infrage kommt. Wir begrüßen es, wenn die Thematik immer wieder in den Unterricht eingebunden wird und erwarten, dass der psychischen Gesundheit im Unterricht mehr Gewicht als bisher gegeben wird. Denn auch hier gilt: Prävention ist sinnvoller und günstiger als Intervention. Was uns zu denken gibt: Warum gibt es immer mehr Jugendliche mit psychischen Problemen? Hier muss zukünftig ein Auge darauf gehalten werden. Die Mitte-Fraktion nimmt die Petition zur Kenntnis und wird mit grosser Mehrheit der Erheblicherklärung zustimmen. Eine Minderheit stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir sind für die Erheblicherklärung, weil es aus unserer Sicht mehr Massnahmen braucht, als der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt – ein Teaser zum Postulat Zbinden, das der Jugendsession ein Vorstossrecht einräumen will und das ich aus Überzeugung mitunterzeichnet habe. Hier sehen wir gerade, auf welche Art und Weise dies den Jungen möglich ist. Wir haben als Kommission ihr Anliegen angehört und dann einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, den wir auch in den Fraktionen und im Parlament erläutern und nötigenfalls verteidigen können. Diese parlamentarische Arbeit wäre mit dem Vorstossrecht allein für die Jugendsession nämlich weiter auch nicht möglich, darum ist die gute Idee einfach nur gut gemeint.

Für die SVP-Fraktion spricht Stephan Dahinden.

Stephan Dahinden: Aufgrund der sehr späten Information konnten wir dieses Geschäft nicht abschliessend diskutieren. Dennoch möchte ich einige Bemerkungen zur Petition machen. Zunächst einmal möchte ich dem Jugendparlament für seine Arbeit und seinen Einsatz zugunsten der Politik und ihrer Zukunft danken. Die psychische Gesundheit der Jugendlichen ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Es sind einerseits äussere Ursachen, das heisst gesellschaftlich bedingte – wie Stress, Leistungsdruck, Leistungserwartungen, soziale Medien usw. –, und andererseits auch sehr persönliche. Es stellt sich daher die Frage, ob die Jugendlichen als Betroffene selber überhaupt die richtige Zielgruppe sind, um Ursachen psychischer Belastungen zu erkennen und Massnahmen zu ergreifen. Auch sind die Bedürfnisse der Jugendlichen diesbezüglich sehr individuell, und es sind auch lange nicht alle davon betroffen und daran interessiert. Es ist daher zielführender, die Lehrer und die Elternschaft für dieses Thema zu sensibilisieren und den Jugendlichen gegebenenfalls individuelle Unterstützungsangebote zu machen und Fachstellen hinzuzuziehen. In Bezug auf die Umsetzung einer flächendeckenden Projektwoche stellt sich die Frage, ob die Schulen überhaupt die Kapazitäten haben, zusätzliche Projekte zu realisieren. Ich persönlich stehe dem skeptisch gegenüber. Es gibt jedoch wichtige Punkte, die weiterverfolgt werden sollten. Die Integration dieser Themen in den regulären Schulunterricht kann ein Ansatz sein, beispielsweise die Sensibilisierung: Schülerinnen und Schüler können über verschiedene psychische Erkrankungen und ihre Symptome informiert werden, um das Bewusstsein für die psychische Gesundheit zu erhöhen. Stressbewältigung: Schülerinnen und Schüler können lernen, wie sie mit Stress umgehen und Strategien zur Bewältigung von Stress entwickeln können. Achtsamkeit: Schülerinnen und Schüler können lernen, wie sie achtsam sein und im Moment leben können, um ihre psychische Gesundheit zu verbessern. Wie auch einige Mitglieder der EBKK sind wir der Meinung, dass eine flächendeckende Projektwoche nicht das geeignete Mittel ist. Es ist wenig zielführend, eine Woche lang über Probleme zu sprechen, wenn einige Jugendliche nicht davon betroffen sind. Es ist vielmehr wichtig, dass Lehrpersonen achtsam sind und bei Bedarf intervenieren. Es sollte ein Fokus darauf liegen, den Jugendlichen Positives zu vermitteln. Die SVP-Fraktion nimmt die Petition zur Kenntnis.

Für die FDP-Fraktion spricht Ramona Gut-Rogger.

Ramona Gut-Rogger: Ich spreche zur Petition und zum EBKK-Postulat P 1101. Im Rahmen der Session des Jugendparlaments des Kantons Luzern im November 2022 hat die Mehrheit der Jugendlichen der Forderung nach einer verstärkten Thematisierung von psychischer Gesundheit an Luzerner Schulen zugestimmt. Entsprechend wurde eine Petition zuhänden des Kantonsrates lanciert. Sie fordert eine flächendeckende Einführung einer Projektwoche in der Volksschule. Die FDP-Fraktion teilt die Einschätzung der Petitionärinnen und Petitionäre, dass die Stärkung der Förderung der psychischen Gesundheit der Jugendlichen wichtig ist, insbesondere auch, weil die aktuelle Entwicklung zeigt, dass offenbar mehr Jugendliche professionelle Hilfe benötigen. Es ist also angezeigt, hier aktiv zu werden. Zwei Aspekte gilt es aus unserer Sicht in Bezug auf die Petition zu berücksichtigen: Psychische Erkrankungen sind unsichtbar und doch mitten unter uns. Aus diesem Grund müssen psychische Erkrankungen ernst genommen und thematisiert werden. Dies soll jedoch situationsbezogen und auf die Klasse zugeschnitten erfolgen. Es braucht also grösstmögliche Flexibilität für die Umsetzung. Aus diesem Grund unterstützten wir das EBKK-Postulat von Anfang an und tun dies auch heute. Dieses legt nämlich fest, dass der Fokus auf dem Erhalt der psychischen Gesundheit liegt und es um präventive Massnahmen zur Stärkung der Gesundheit geht. Es gilt zu verhindern, dass die Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit als Trend unter Jugendlichen betrachtet wird. In den sozialen Medien wird sichtbar, dass es bereits Communities gibt, welche sich über ihre psychische Erkrankung definieren. Hier soll die Schule aufklärend wirken, indem der Fokus hauptsächlich auf die Ursachenforschung und Prävention gelegt wird, dies mit dem klaren Ziel, mit vorbeugenden Massnahmen die psychische Gesundheit zu erhalten und zu stärken und gleichzeitig Betroffenen Unterstützung und Halt zu bieten. Die in der Petition geforderte flächendeckende Projektwoche erachten wir als zu starr, zu unflexibel und insbesondere als zu wenig auf die konkreten Voraussetzungen der jeweiligen Klassen zugeschnitten. Wir möchten den Schulen mehr Flexibilität geben, wie sie die Thematik in den Unterricht einbetten wollen. Das Postulat fordert den Regierungsrat auf, die psychische Gesundheit von Jugendlichen auf der Sekundarstufe I im Rahmen von Thementagen oder einer Themenwoche oder als obligatorischen Bestandteil innerhalb eines geeigneten Schulfachs stärker zu gewichten. Diese offenere Vorgabe erachten wir als zielführend. Die FDP-Fraktion unterstützt also das Anliegen des Jugendparlaments und die skizzierte Stossrichtung. Die effektive Ausgestaltung ist jedoch im EBKK-Postulat sinnvoller definiert. Wir nehmen deshalb die Petition zur Kenntnis und erklären das Postulat P 1101 erheblich.

Für die SP-Fraktion spricht Urban Sager.

Urban Sager: Für die SP-Fraktion ist das Anliegen, das von den Luzerner Jugendlichen anlässlich ihrer Session im November 2022 erarbeitet wurde, mehr als berechtigt. Die Jugendlichen greifen damit ein Thema auf, das sich in den letzten Jahren massiv verschärft hat. Die aktuelle Entwicklung, dass immer mehr Jugendliche professionelle Hilfe benötigen, ist für uns besorgniserregend. Wie auch schon von der Mitte-Fraktion erwähnt, gilt es hier genauer hinzuschauen und nach den Gründen zu suchen. Wenn man mit Fachleuten spricht, müssen wir vor allem im Vorschulbereich stärker in die Prävention einsteigen. Ich bin froh, dass die Mitte-Fraktion hier auch nach Gründen sucht und wir im vorschulischen Bereich intensiver unterstützen können. Für uns ist die Forderung der Jugendlichen umsichtig gewählt, denn mit einer stärkeren Verankerung der Thematik in der Volksschule setzt man präventiv an. Der Fokus liegt damit auf der Ursachenforschung und der Prophylaxe. Damit stärken wir die psychische Gesundheit unserer Jugendlichen nachhaltig. Die SP-Fraktion dankt den motivierten Jugendlichen, welche an der Jugendsession engagiert und kontrovers über die Zukunft unseres Kantons diskutieren und entsprechend mittels Petition auch

sinnvolle Forderungen an uns richten. Wir nehmen die Petition entsprechend zur Kenntnis. Über die Berechtigung des Anliegens wurde auch in der EBKK diskutiert. Die Berechtigung war unbestritten. Folglich hat die EBKK ein Postulat ausgearbeitet. Die Regierung führt in ihrer Stellungnahme zum Postulat aus, wie viel sie bereits für die Gesundheit der Jugendlichen an Luzerner Schulen macht. Es wird viel und unbestritten auch fachlich Fundiertes getan. Wir begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und erkennen darin auch, dass man sich der Herausforderungen im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit bewusst ist und diese auch aktiv angeht. Dennoch, die Jugendlichen sind nicht zufrieden mit dem, was sie antreffen. Sie sehen vermehrten Handlungsbedarf und haben festgestellt, wie wenig sie über dieses Thema wissen und wie stark sie davon betroffen sind. Deshalb haben sie ihre Forderung an uns gerichtet. Das bedeutet für uns, dass wir mit den Ausführungen der Regierung nicht zufrieden sein können, weil wir sehen, dass die Betroffenen damit nicht zufrieden sind. Das liegt unseres Erachtens vor allem an der Unverbindlichkeit vieler dieser Massnahmen. Vieles hängt von den Lehrpersonen, den Klassenlehrpersonen und den Schulleitungen ab. Es sind gute Angebote und Anweisungen vorhanden, aber ob und vor allem auch wie diese an den einzelnen Schulen umgesetzt werden, hängt sehr stark von den Lehrpersonen, den Klassenlehrpersonen und den Schulleitungen ab. Genau hier setzt das Kommissionspostulat an. Es geht darum, dass wir uns an allen Schulen ein verbindliches Angebot wünschen. Wie dieses ausgestaltet sein soll, wird im Postulat skizziert: Blockwochen sind eine aufwendige Möglichkeit, Thementage wäre ein etwas abgespecktes Programm oder allenfalls verbindliche Lerninhalte. Wir haben diesen Fächer im Postulat bewusst geöffnet und bitten die Regierung diesbezüglich zu prüfen, was an verbindlichen Vorgaben möglich ist. Es ist das Entscheidende in diesem Zusammenhang, dass wir verbindliche Vorgaben haben, um an allen Schulen ein Grundangebot respektive eine Grundausbildung in diesen Themen sicherstellen zu können. Das war das Anliegen der Petitionäre und Petitionärinnen, das die EBKK in ihrem Postulat aufgenommen hat. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Für die Grüne Fraktion spricht Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Ich spreche nun namens der Grünen Fraktion und nicht mehr als EBKK-Präsidentin, auch wenn das Postulat noch unter meinem Namen läuft. Ich spreche ebenfalls zur Petition wie auch zum Postulat. Wir finden das Anliegen des Jugendparlaments sehr wichtig. Die jungen Menschen haben uns in der Kommission eindrücklich geschildert, dass heute die psychische Gesundheit für die Jugendlichen ein sehr grosses Thema ist. Wir haben auch bereits Aktionen aller Jungparteien – ich betone: aller Jungparteien – vor den Türen des Kantonsrates erlebt. Es geht hier nicht um ein Anliegen von linker, bürgerlicher oder grüner Seite. Alle jungen Menschen mit allen Familienhintergründen oder aus Schulstufen sind vermehrt mit der eigenen schwierigen Situation oder mit derjenigen von Kolleginnen und Kollegen betroffen. Ich denke, wir hier sind fast alle über 30 und können wohl kaum nachvollziehen, dass das Aufwachsen heute noch anspruchsvoller geworden ist in der immer schnelllebigeren und von Social Media geprägten Welt – um hier nur einen Aspekt herauszunehmen. Tragen wir also Sorge zur Gesundheit der jungen Menschen. Hören wir ihnen vor allem als Direktbetroffene zu. Es ist bestimmt kein Zufall, dass das Jugendparlament an seiner Sitzung genau dieses Thema als wichtigstes Thema bestimmt hat und es mittels einer Petition bei uns einbringt. Nehmen wir ihre Vorschläge ernst. Die Petition macht einen konkreten Vorschlag, was den jungen Menschen auf der Sekundarstufe weiterhelfen würde. Wir haben grosse Sympathien für den Vorschlag aus der Jugendsession. Wir haben diesen Vorschlag in der EBKK diskutiert und daraus ein Postulat entwickelt, das auf die bisherigen Angebote und die Erfordernisse des Lehrplans 21 Rücksicht nimmt und das Anliegen in den grösseren Kontext stellt mit dem Einbezug der Eltern und der Lehrpersonen.

Wie von der FDP-Fraktion gerade erklärt, soll die Prävention gestärkt werden. Das muss es uns doch viel Wert sein, denn zur Erinnerung: Die Versorgungslage der psychologischen Gesundheitsversorgung ist immer noch prekär, bei ernsthaften Problemen warten junge Menschen mehrere Monate auf einen Behandlungstermin. Deshalb ist jeder Fall ein Erfolg, bei dem es gar nicht so weit kommt. Die Regierung zählt in ihrer Stellungnahme zum Postulat auf, was in diesem Themenbereich alles läuft. Aber wenn diejenigen, die von diesen Angeboten profitieren sollen, selbst auf die Politik zukommen und sagen, es brauche eine vertiefte Behandlung, das Problem werde noch nicht genügend adressiert, dann müssen wir doch hellhörig werden und handeln und somit der Erheblicherklärung zustimmen. Was schon passiert, ist gut, aber es reicht noch nicht. Der Status quo reicht nicht. So lautet die Botschaft der Jugendlichen, die wir angehört haben. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats und bitten Sie, uns zu folgen. Die Petition nehmen wir zur Kenntnis.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Ich spreche ebenfalls zur Petition und zum Kommissionspostulat. Die Gesundheit ist unser höchstes Gut, und dabei gibt es verschiedene Ausprägungen der Gesundheit: Ein Beinbruch ist sichtbar, und wenn es nicht ein sehr komplizierter Bruch ist, ist dieser mit viel Erfahrungswissen mit hoher Wahrscheinlichkeit gut heilbar. Es gibt aber auch, und das ist oftmals eine schwierigere Dimension, die gefühlte Gesundheit; wenn sie nicht gegeben ist, kann eine Krankheit durch allfällige Begünstigungen oder Ausprägungen ausgelöst werden. Natürlich spielen bei einem Krankheitsbild noch viele weitere Kriterien eine Rolle, aber die bestehende oder nicht bestehende Resilienz ist ein wichtiges Entscheidungsmoment, und aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass wir die Resilienz stärken. Dazu kommt die schwierige Weltsituation. Mit dem Klimawandel, dem Krieg auf europäischem Boden oder Covid usw. ist es nicht erstaunlich, dass die jungen Menschen teilweise etwas ängstlich in die Zukunft blicken. Klar kann man sagen, dass das auch früher schon so war, aber wir wissen alle und es ist wissenschaftlich belegt: Die Anforderungen an die jungen Menschen steigen, und der Stress wird grösser. Es ist leider nicht erstaunlich, dass sich daher die jungen Menschen mehr Gedanken um ihre Gesundheit machen respektive auch beobachten, dass diese Gesundheit insbesondere auf psychischer Ebene nicht mehr bei allen Kolleginnen und Kollegen einfach gegeben ist. Dass sich das Jugendparlament damit befasst, ist meiner Meinung nach bemerkenswert, weil es beeindruckend ist, dass es sich in seiner Themenwahl so weitsichtig entscheidet, aber auch bemerkenswert, weil es mehr über die psychische Gesundheit wissen will und sich dem Thema stellen und nicht einfach die Augen davor verschliessen will. Die Augen vor dem Thema verschliessen, dürfen wir nicht und wollen wir nicht. Das sind wir den jungen Menschen schuldig. Denn wie gesagt bringt uns die Tabuisierung nicht weiter. Helfen wir daher mit, dass die jungen Menschen informiert sind, dass sie wissen, ab wann ein Schlecht-gelaunt-Sein nicht mehr unter die üblichen Launen fällt, ab wann sich eine gesundheitliche Störung anbahnen kann und wann sie aufmerksam sein müssen. Kinder und Jugendliche sollen sensibilisiert werden, was sogenannte Triggerpunkte sein könnten und an wen sie sich bei Verdacht wenden könnten. Wissen ist bei diesem Thema essenziell, um zeitlich und inhaltlich adäquat reagieren zu können. Wir alle wissen, dass unsere Kinder- und Jugendpsychiatrie masslos überlastet ist. Darum unterstützen wir die Früherkennung. Aber für uns ist es deshalb nicht weniger wichtig, dass ebenfalls bei der Prävention angesetzt wird. Für uns ist es deshalb nicht entscheidend, ob es eine ganze Projektwoche gibt oder ob die Thematik an einzelnen Thementagen behandelt wird, das überlassen wir den Schulen und den Lehrpersonen. Wichtiger ist uns, dass zum Beispiel auch die Eltern mit einbezogen werden. Denn es ist ein gesellschaftliches Thema, das wir gesamtheitlich angehen müssen. Deshalb soll dies nicht nur in der Schule erfolgen, sondern

unter Einbezug der Bezugspersonen und allenfalls auch zukünftiger Lehrbetriebe. In diesem Sinn anerkennen wir, dass bei den Bildungsinstitutionen schon viel getan wird, aber die Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, das Anliegen des Jugendparlaments und die Stressstudien zeigen, dass es noch nicht reicht. Die Petition nehmen wir zur Kenntnis. Beim Kommissionspostulat stimmen wir der Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: In der Regel äussert sich die Regierung nicht zu Petitionen, weil aber das Kommissionspostulat P 1101 ebenfalls behandelt wird, äussere ich mich zu beiden Geschäften. Das Thema ist selbstverständlich wichtig, das bestreitet niemand. Es bestreitet auch niemand, dass die Prävention besser ist, als die nachfolgende Versorgung. Das Jugendparlament verlangt eine Projektwoche. Eine Projektwoche erscheint uns nicht zielführend. Das Thema psychische Gesundheit umfasst sehr vieles, die einen sprechen von der Vorschule, die anderen vom Gymnasium oder von der Lehre. Das Thema muss besprochen werden, wenn es aktuell ist, und nicht dann, wenn eine Projektwoche dazu stattfindet. Abgesehen davon ist die Durchführung einer Projektwoche äusserst schwierig. Ich habe Sie hier schon einmal gebeten, nicht jede zweite oder dritte Session eine Projektwoche zu fordern, denn das Schuljahr umfasst nur 42 Schulwochen. Irgendwann reicht es gerade noch für eine Projektwoche Mathematik. Eine Projektwoche erscheint also nicht zielführend. Vielmehr gibt es den Lehrplan 21 mit seinen Kompetenzen. Diese Kompetenzen sind Fächergruppen zugeordnet. Alle, die vor dem Lehrplan 21 zur Schule gegangen sind, haben einzelne Fächer gekannt, jetzt gibt es Fächergruppen, denen Kompetenzen zugeordnet sind. Innerhalb dieser Kompetenzbearbeitung muss das also stattfinden. Darin sind wir uns wahrscheinlich einig. Es kann sein, dass die Lehrpersonen oder die Schulen das aus irgendwelchen Gründen noch nicht durchführen können. Dann müssen wir ihnen dabei helfen. Wir brauchen deshalb Lehrmittel, Sensibilisierungsdokumente usw. Diesbezüglich sind wir uns auch einig. Deshalb ist die Regierung bereit, in diesem Bereich etwas zu unternehmen, und beantragt die teilweise Erheblicherklärung des Kommissionspostulats. Wir müssen die Schulen und Lehrpersonen befähigen, das Thema dauerhaft zu bearbeiten. Ich spreche mich klar dagegen aus, irgendwelche Drittorganisationen mit einzubeziehen, die den Job der Lehrer übernehmen. Das ist ein zu wichtiges Thema, dessen sich die Lehrpersonen in den entsprechenden Fächern und vor allem die Klassenlehrpersonen annehmen; diese müssen sehr viel Arbeit leisten. Dazu sind wir selbstverständlich bereit, das Thema ist uns wichtig. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat stimmt dem Antrag der EBKK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 110 zu 0 Stimmen zu.